

Inhaltsverzeichnis

1. TEIL: EINLEITUNG	17
§ 1 <i>Grundlagen</i>	18
1. Definition des Datenabgleichs	18
2. Besonderheiten des Sozialdatenschutzes	23
3. Einordnung in die Entwicklung des Datenschutzrechts	26
4. Einordnung in die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Sozialleistungsmißbrauchs	27
a) Begriffsbestimmungen	28
b) Gründe für illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmißbrauch	29
c) Umfang der illegalen Beschäftigung und des Sozialleistungsmißbrauchs	30
d) Folgen und Gefahren des Mißbrauchs	33
e) Maßnahmen zur Mißbrauchsbekämpfung	35
5. Der Asylbewerber- „Zählappell“ in Schleswig-Holstein - ein Beispiel für die Problematik der Mißbrauchskontrolle	37
6. Ausblick auf die verfassungsrechtliche Problematik von Datenabgleichen	39
2. TEIL: GESETZLICHE REGELUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DES SOZIALEISTUNGSMIßBRAUCHS DURCH DATENABGLEICH	41
§ 2 <i>Vorschriften über die Zusammenarbeit und Unterrichtung von Sozialleistungsträgern und anderen Behörden untereinander</i>	41
1. Strukturelle Vergleichbarkeit und Entwicklung der Regelungen	43
a) Grundsätzliche strukturelle Vergleichbarkeit der Vorschriften	43
b) Entwicklung der Normen	45
2. Zweck des BillBG und der Regelungen zur Zusammenarbeit und Unterrichtung	49
3. Abgrenzung zur Amtshilfe	51
4. Zusammenarbeit der Behörden	53
a) Ausgestaltung und Umfang der Zusammenarbeit	53
aa) Allgemeines	53
bb) Einzelfragen der Zusammenarbeit	55
b) Die Träger und die Praxis der Zusammenarbeit	58
aa) Die Träger der Krankenversicherung	58
bb) Die Behörden gemäß § 63 AuslG	59
cc) Die Finanzbehörden	59
dd) Die zur Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit zuständigen Behörden	60
ee) Die Träger der Unfallversicherung	61
ff) Die für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden	62
gg) Die Träger der Rentenversicherung	62
hh) Die Träger der Sozialhilfe	63
ii) Die Bundesanstalt für Arbeit und ihre Dienststellen	63

jj) Sonstige Behörden	64
kk) Zwischenergebnis	67
5. Gegenseitige Unterrichtung der Behörden	69
a) Beteiligte der Unterrichtung	69
b) Gegenstand der Unterrichtung: Vorliegen von Gesetzesverstößen	71
aa) Verstöße gegen § 284 Abs. 1 S. 1 SGB III	72
bb) Verstöße gegen die Mitwirkungspflicht nach § 60 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB I	72
cc) Verstöße gegen das SchwArbG	74
dd) Verstöße gegen die Bestimmungen über die Verpflichtung zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen	75
ee) Verstöße gegen die Steuergesetze	77
ff) Verstöße gegen das AuslG	77
gg) Verstöße gegen das AÜG	78
c) Voraussetzungen, Umfang und Form der Unterrichtung	79
6. Anregungs- und Koordinierungsfunktion der Arbeits- und Hauptzollämter	81
7. Weitere Besonderheiten einzelner Vorschriften	83
8. Mitteilungen durch die Justiz	85
9. Die Sonderregelungen der §§ 31a AO und 71 Abs. 1 S. 1 Nr. 3, 6 und 7 SGB X	89
a) Die Durchbrechung des Steuergeheimnisses zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmißbrauchs gemäß § 31a AO	89
aa) Allgemeines	91
bb) Offenbarungsbefugnis bei Schwarzarbeit und illegaler Ausländerbeschäftigung	93
cc) Offenbarungsbefugnis bei Arbeitnehmerüberlassung	97
dd) Offenbarungsbefugnis beim Mißbrauch von Sozialleistungen und Subventionen	99
(1) Offenbarungsbefugnis im Bereich der Sozialleistungen	100
(2) Offenbarungsbefugnis im Bereich der Subventionen	101
(3) Verwendungsbeschränkung nach § 31a Abs. 3 S. 2 AO	102
ee) Rechtsschutz	102
b) Die Durchbrechung des Sozialgeheimnisses nach § 71 Abs. 1 S. 1 Nr. 3, 6 und 7 SGB X	103
aa) Allgemeines	104
bb) Übermittlung zur Sicherung des Steueraufkommens	106
(1) §§ 93, 97 AO	106
(2) § 105 AO	107
(3) § 106 AO	108
(4) § 111 Abs. 1 und 5 AO	108
(5) § 116 AO	109
cc) Übermittlung zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach dem SchwArbG	109
dd) Übermittlung an das Gewerbezentralregister	110

§ 3 Datenübermittlung zur Mißbrauchsbekämpfung gemäß § 8 Abs. 3 S. 1 und 2 AsylVfG	112
1. Übermittlungsbefugnis zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	112
2. Übermittlungsbefugnis zur Aufdeckung und Verfolgung von unberechtigtem Leistungsbezug	113
§ 4 Erhebung und Übermittlung zur Bekämpfung von Leistungsmißbrauch und illegaler Ausländerbeschäftigung nach § 67e SGB X	114
1. Allgemeines	114
2. Datenerhebung	117
3. Datenübermittlung	120
4. Die Pflichten des Empfängers	121
5. Rechtsschutz	122
§ 5 Automatisierter Datenabgleich zur Mißbrauchskontrolle im Bereich der Sozialleistungen	123
1. Abgleich nach § 117 BSHG und der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung	123
a) Entstehungsgeschichte und Gesetzesänderungen	124
b) Datenabgleich mit anderen Sozialleistungsträgern und mit anderen Trägern der Sozialhilfe	126
c) Die Datenstelle der Rentenversicherungsträger als Vermittlungsstelle	127
d) Die Sozialhilfedatenabgleichsverordnung	129
aa) Die Auswahl der Abgleichsfälle und der Abgleichszeitraum	130
bb) Die Übermittlung an die Datenstelle der Rentenversicherungsträger als Vermittlungsstelle	131
cc) Die Übermittlung an die Auskunftsstellen	132
dd) Technische Anforderungen und Verfahren der Datenübermittlung	132
ee) Die Durchführung des Datenabgleichs bei der Vermittlungsstelle	133
(1) Der Abgleich nach § 117 Abs. 1 BSHG	133
(2) Der Abgleich nach § 117 Abs. 2 BSHG	135
ff) Die Rückübermittlung an die Träger der Sozialhilfe	136
gg) Die Überwachung des Dateneingangs und die Löschung der Daten	136
hh) Die Kosten des Datenabgleichs	137
e) Datenabgleich mit anderen Stellen der Verwaltung und anderen Behörden	138
f) Rechtsschutz	141
2. Das DALEB-Verfahren	141
§ 6 Datenübermittlung zur Erfüllung sozialer Aufgaben nach § 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB X	144
1. Allgemeines zu § 69 SGB X	145
a) Entwicklung der Norm	145
b) Sinn und Zweck der Vorschrift	146
c) Beteiligte der Übermittlung	147
d) Gegenstand und Umfang der Übermittlung	148

2. Datenübermittlung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nach dem SGB	150
a) Gesetzliche Aufgaben nach dem SGB	150
b) Die drei Übermittlungsfälle	151
aa) Übermittlung für Zwecke, für die die Sozialdaten erhoben worden sind	151
bb) Übermittlung zur Erfüllung eigener Aufgaben	152
cc) Übermittlung zur Erfüllung von Aufgaben eines anderen Sozialleistungsträgers	153
3. Datenübermittlung zur Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens	153
4. Anwendungsbereich des § 69 SGB X im Hinblick auf die Mißbrauchsbekämpfung	155
 § 7 <i>Exkurs: Data matching - Datenabgleich zur Mißbrauchskontrolle im Ausland</i>	
1. Australien	158
2. Großbritannien	160
3. Kanada	160
4. Neuseeland	161
5. Schweden	162
6. USA	163
7. Zusammenfassung	164
 3. TEIL: VERFASSUNGSRECHTLICHE ÜBERPRÜFUNG DER GESETZLICHEN REGELUNGEN ZUM DATENABGLEICH	165
 § 8 <i>Maßstäbe der verfassungsrechtlichen Überprüfung</i>	165
1. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. 1 Abs. 1 GG	165
a) Herleitung und Entstehung	165
b) Schutzbereich	169
c) Eingriff in den Schutzbereich	171
d) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	173
aa) Einschränkung im überwiegenden Allgemeininteresse	173
bb) Anforderungen an einschränkende Gesetze	174
2. Das Sozialstaatsprinzip gemäß Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 S. 1 GG	177
3. Das Verbot der Selbstbeziehtigung gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. 1 Abs. 1 GG	178
4. Der Grundsatz der (informationellen) Gewaltenteilung gemäß Art. 20 Abs. 2 GG	179
 § 9 <i>Verfassungsrechtliche Überprüfung der dargestellten Abgleiche</i>	181
1. Die Unterrichtungstatbestände unter Berücksichtigung von § 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB X	183
a) Die Unterrichtungsvorschriften: Ein Beispiel für überflüssige Verrechtlichung?	183

aa) Erfordernis einer gesetzlichen Regelung	183
bb) Notwendigkeit der Vielzahl gesetzlicher Regelungen?	185
b) Allgemeine Erwägungen zur Übereinstimmung der Unterrichtungsvorschriften mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung	188
aa) Einschränkung im überwiegenden Allgemeininteresse	189
bb) Das Gebot der Normenklarheit und Bestimmtheit	191
cc) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	194
(1) Übermäßige staatliche Überwachung und Vertrauensverlust	195
(2) Transparenz des Verwaltungshandels	197
(3) Finanzielle staatliche Interessen und Präventivwirkung	197
(4) Effizienz und Effektivität staatlichen Handelns	201
(5) Weitere staatliche Interessen	201
(6) Zwischenergebnis	202
dd) Die Grundsätze der Zweckbindung und der informationellen Gewaltenteilung	204
(1) Zweckidentität und Zweckänderung	205
(2) Informationelle Einheit oder informationelle Gewaltenteilung?	206
ee) Organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen	209
c) Kritische Einzelfragen	209
aa) Vorliegen von Anhaltspunkten als alleinigem Übermittlungsanlaß	210
bb) Umfang der Mitteilungen	211
cc) Grundsätzliche Unterrichtung der Sozialhilfeträger und der Behörden gemäß § 63 AuslG	213
dd) Erweiterung der Unterrichtungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Sozialversicherungsbeiträge	214
ee) Unvollständigkeit des § 31a Abs. 3 AO hinsichtlich des Empfängerkreises?	214
ff) Mitteilungen durch die Justiz	215
d) Zwischenergebnis	217
2. § 8 Abs. 3 S. 1 und 2 AsylVfG	219
3. § 67e SGB X	220
a) Systematische Stellung der Vorschrift	220
b) Übereinstimmung mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung	221
aa) Allgemeine Anforderungen	221
bb) Verhältnismäßigkeit	221
c) Notwendigkeit der Regelung	223
aa) Originäre Zuständigkeit für den Fragenkatalog des § 67e S. 1 SGB X?	223
bb) Zwecktauglichkeit und verbleibender Anwendungsbereich des § 67e SGB X	225
4. § 117 BSHG	226
a) Automatisierter Datenabgleich gemäß § 117 Abs. 1 und 2 BSHG	227
aa) Gebot der Normenklarheit und Bestimmtheit	227

bb)	Verhältnismäßigkeit der Vorschrift	228
	(1) Eignung zur Mißbrauchsbekämpfung	229
	(2) Erforderlichkeit der Abgleichsmöglichkeiten	230
	(3) Zumutbarkeit (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne)	231
	(a) Übermäßige staatliche Überwachung - der Sozialhilfeempfänger als Objekt staatlichen Handelns?	232
	(aa) Möglicher Verstoß gegen die Menschenwürde, die Unschuldsvermutung und das Rechtsstaatsprinzip	232
	(bb) Intensität des Grundrechtseingriffs	233
(b)	Transparenz des Verfahrens und Akzeptanz staatlichen Handelns	234
(c)	Finanzielle staatliche Interessen	236
(d)	Effizienz und Effektivität staatlichen Handelns	238
	(aa) Anfangsschwierigkeiten bei der Durchführung des Sozialhilfedatenabgleichs	239
	(bb) Bisherige Erfahrungen mit Datenabgleichsverfahren	239
	(cc) Gründe für die Fehlerhäufigkeit beim Sozialhilfedatenabgleich	240
	(dd) Umfang des Verwaltungsaufwandes	242
(e)	Erfolgskontrolle	243
(f)	Soziale Folgen	243
	(g) Vollstreckbarkeit der Rückforderungsansprüche und volkswirtschaftliche Folgen	246
	(h) Abwägung und Zwischenergebnis	246
cc)	Zweckbindung und informationelle Gewaltenteilung	249
dd)	Organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen	249
	(1) Gefahr des Entstehens eines Sozialdatenpools?	249
	(2) Schutzvorkehrungen	250
b)	Abgleich nach § 117 Abs. 3 BSHG	251
	aa) Bestimmtheit und Normenklarheit	252
	bb) Verhältnismäßigkeit	253
	cc) Abgleich mit der Kraftfahrzeug-Zulassungsstelle	254
c)	Ergebnis	255
4. TEIL: ERGEBNISSE		257
LITERATURVERZEICHNIS		268
I.	<i>Allgemeine Literatur</i>	268
II.	<i>Literatur aus dem Internet</i>	292
III.	<i>Literatur ohne Verfasser</i>	293
IV.	<i>Verzeichnis amtlicher Drucksachen</i>	294

<i>I. Wortlaut der untersuchten Vorschriften</i>	301
1. §§ 304, 308 SGB III	301
2. § 113 SGB IV	303
3. § 306 SGB V	303
4. § 321 SGB VI	304
5. § 211 SGB VII	305
6. § 3 SchwArbG	306
7. § 79 AuslG	307
8. § 139b Abs. 7 und 8 GewO	307
9. § 23 Abs. 3 ArbSchG	308
10. § 18 AÜG	309
11. § 31a AO	310
12. § 71 SGB X	311
13. § 8 Abs. 3 AsylVfG	313
14. § 67e SGB X	313
15. § 117 BSHG	314
16. SozhiDAV	315
17. § 69 SGB X	322
<i>II. Tabellen und Schaubild</i>	323